

Haiti – kriminelle Banden beherrschen das Land, die internationale Gemeinschaft in der Pflicht

Von Peter Helmes

Die Regierung tritt zurück

Bandengewalt, politisches Chaos, Armut, Hunger: Haiti hat seit Jahren viele Probleme und gilt als das ärmste Land der westlichen Hemisphäre. Es wurde in den vergangenen Jahren zudem von Naturkatastrophen wie Erdbeben und Wirbelstürmen erschüttert. Ein besonders schweres Beben traf Haiti 2010. Hunderttausende Menschen starben. Das Land wurde nachhaltig beschädigt. Dazu kam eine Cholera-Welle, die seit Beginn im Oktober Hunderte Menschenleben gefordert hat.

Laut UN leidet fast die Hälfte der rund elf Millionen Einwohner Haitis unter akutem Hunger und Mangelernährung – neben der exorbitant gewachsenen Kriminalität zur Zeit die beiden größten Probleme im Moment im Land. Die Gewalt, vor allem in der Hauptstadt Port-au-Prince, führt dazu, daß viele Menschen kein Geld verdienen können.

Angesichts der jüngsten Gewalt-Eskalation hat sich die prekäre humanitäre Lage in Haiti noch einmal deutlich verschärft Und gleichzeitig ist Haiti eines der zehn meist betroffenen Länder vom Klimawandel.

Lange hatte das Land verzweifelt um internationale Hilfe gerufen, aber die Reaktionen kamen zu spät und waren unzureichend. Seit der Ermordung von Präsident Jovenel Moïse im Jahr 2021 greifen seit langem bewaffnete Banden Polizeistationen, Gerichte und Gefängnisse an, mehr als 4.500 Häftlinge sind ausgebrochen, mehr als 360.000 Menschen sind auf der Flucht.

Im Juli 2021 übernahm Ariel Henry die Regierungsgeschäfte in Haiti. Seitdem haben keine Wahlen stattgefunden. Haiti hat weder einen Präsidenten noch ein Parlament. Eigentlich hätte Henry Anfang Februar aus dem Amt scheiden sollen. Stattdessen hat er sich mit der Opposition auf gemeinsames Regieren verständigt, bis innerhalb von zwölf Monaten Neuwahlen abgehalten werden sollen. Nach dem Tod Moïses war das Land in ein politisches Chaos gestürzt, das Jimmy Chériziers Verbrecherbanden nutzten, um ihren Einfluß auszubauen.

Neben der politischen Instabilität und den Unruhen wird das Land zudem von einer wirtschaftlichen Krise gebeutelt. Wegen der insgesamt desolaten Lage hat die Regierung Anfang März '24 den Notstand ausgerufen und eine nächtliche Ausgangssperre verhängt.

Zuletzt hatten sich die zwei wichtigsten bewaffneten Banden des Landes zusammengeschlossen. Ihr Anführer, Jimmy Chérizier, auch bekannt als „Barbecue“, steckt hauptsächlich hinter den Aktionen und heizt immer wieder aufs Neue die ohnehin schwierige Lage an. Fälle von Vergewaltigungen wurden dokumentiert, viele Häuser wurden angezündet. Inzwischen werden 80 Prozent der Hauptstadt von kriminellen Banden tyrannisiert.

Ausländische Hilfe unter großem Vorbehalt in der Bevölkerung

Eine Mehrheit der Bevölkerung scheint eine Intervention sehr kritisch zu werten. Als Premierminister Henry im Oktober 2022 die UN um Unterstützung bat, gingen Tausende

Menschen zu Protesten auf die Straße. Für die Skepsis der Menschen gibt es sehr gute Gründe; denn Haiti hat eine lange Geschichte teils unrühmlicher ausländischer Interventionen.

Erschwerend kommt hinzu, daß die Gangs Teil der sozialen und politischen Infrastruktur des Landes sind. Sie sitzen quasi im Leben der Menschen. Gegen sie militärisch vorzugehen, in ihre Viertel einzudringen und das ohne Gewalt, Verlust und Tod an der Zivilbevölkerung, scheint hier schier unmöglich.

Auch die haitianischen NGOs stehen einer internationalen Polizeimission kritisch gegenüber. Die finanzielle Unterstützung solle lieber in vorhandene Strukturen fließen, zuerst müsse die Justiz gesäubert werden, argumentieren sie.

Das Interesse an einer Beruhigung der Lage in Haiti ist allenfalls aufseiten der USA und Kanada hoch, weil die folgenden Migrationsbewegungen sich traditionell immer in diese Richtung bewegen.

Wesentlich geringer ist offenbar das Interesse, an einer solchen Mission teilzunehmen. Immerhin haben die USA im Oktober finanzielle Unterstützung zugesagt. Anfang März forderte die US-Regierung zudem Interimsregierungschef Ariel Henry auf, den politischen Übergang zu beschleunigen.

Gefährdete Gesundheitsversorgung

Die IOM berichtet im März 2024, daß auch die Gesundheitsversorgung stark beeinträchtigt ist: Banden hätten mehrere Krankenhäuser angegriffen, sodass Ärzte und Patienten die Kliniken verlassen mussten – unter ihnen neugeborene Babys. Vertreter von UN-Organisationen haben in einer gemeinsamen Erklärung davor gewarnt, dass 3.000 schwangere Frauen möglicherweise keinen Zugang mehr zu medizinischer Versorgung haben. 450 von ihnen drohten so „tödliche Komplikationen“.

In dieser extrem angespannten Situation versucht sich der westliche Nachbarstaat, die Dominikanische Republik, weiter abzuschotten, und nimmt keine Menschen aus Haiti auf. Seit Jahren baut das Land an einer Mauer, so wie die USA, um Migranten abzuwehren. So hat die dominikanische Regierung zwischen November 2022 und August 2023 mehr als 120.000 Migranten aus Haiti abgeschoben. Menschen, denen dennoch die Flucht in die Dominikanische Republik gelinge und die entdeckt würden, versuche man mit Stockschlägen und Elektroschockern wieder zurückzudrängen.

Eindeutig sind die Eliten des Karibikstaates mit schuld an der Situation. Diejenigen innerhalb der Elite, die die Gangster zu ihrem eigenen Machterhalt genutzt haben, haben nun gewissermaßen tatsächlich die Kontrolle über diese Gangs verloren.

Haiti hat eine historische Tradition, nichtstaatliche Gewaltakteure wie kriminelle Banden einzubinden, um auf gesellschaftlicher und politischer Ebene Druck auszuüben. Solange eine ökonomisch-politische Elite, die nicht notwendigerweise im Sinne der Bevölkerung agiert, weiterhin mit externen Geldzuflüssen an der Macht gehalten wird, sind diese strukturellen Probleme auch nicht zu beheben.

Mitglieder von Haitis Banden sind sehr oft junge Männer mit einem hohen Maß an Frustration. Ihnen fehlt die Chance auf ein gutes Leben in dem Karibikstaat. Die Situation ist letztlich paradox: Die Gangs sorgen in einigen Gebieten Haitis für „eine Art Sicherheit“: Sie

übernehmen Aufgaben, die der Staat nicht übernimmt, etwa bei der Sicherheit oder dem Zugang zu Nahrungsmitteln.

Chériziers gut ausgerüstete und trainierte Kämpfer sowie eine Vielzahl weiterer krimineller Banden übernahmen nach der Ermordung von Präsident Jovenel Moïse im Jahr 2021 de facto die Herrschaft im Land. Inzwischen haben faktisch die kriminellen Banden das Land unter ihre Kontrolle gebracht und überziehen die Bevölkerung mit Gewalt und Terror. Es wird gemordet und vergewaltigt, wodurch sich im ganzen Land Angst und Schrecken verbreiten.

Nun steht die internationale Gemeinschaft in der Pflicht.

Es ist eigentlich unglaublich und schon gar nicht akzeptabel, daß es überhaupt so weit kommen mußte, damit jemand reagiert. Haiti benötigt viel mehr als Diskussionen und Treffen, sondern stattdessen konkrete Taten und einen echten Kompromiß, um an die Wurzel des Übels vorzustoßen und Sicherheit und Stabilität wiederherzustellen.

Der wichtigste erste Schritt wäre die Schaffung eines Übergangsrates, ...

...der einen Fahrplan für Wahlen erstellen und die Voraussetzungen für eine internationale Unterstützungsmission schaffen sollte. Vor allem wichtig wäre die Entsendung einer von den Vereinten Nationen überwachten Militärtruppe. Jimmy Chérizier, der „prominenteste“ Bandenführer, hat aber bereits angekündigt, er werde ein Eingreifen von außen ablehnen. Tatsächlich steckt Haiti bereits mitten in einem Bürgerkrieg. Es ist die Pflicht der internationalen Gemeinschaft, dieser Entwicklung sofort Einhalt zu gebieten.

Die Vereinten Nationen hatten bereits Ende des vergangenen Jahres der Entsendung einer multinationalen Mission zur Stabilisierung der Verhältnisse in dem Inselstaat zugestimmt – bisher aber ohne nennenswerte Wirkung.

Es ist auch zu bezweifeln, daß sie den bis an die Zähne bewaffneten Gangstern Paroli bieten könnten. Washington scheint Haiti jedenfalls nicht die nötige strategische Bedeutung beizumessen, um seine Truppen dorthin zu entsenden. Es ist also kein Retter von außen, kein deus ex machina, zu erkennen, der die Dinge zum Besseren wenden könnte.

Vielleicht kann sich eine Volksbewegung zusammenfinden und sich gegen die Banden erheben, die das Leben in Haiti in ein solches Elend geführt haben. Dem haitianischen Volk mangelt es nicht an Talent, Tatkraft oder Fantasie. Das beweist der Erfolg haitianischer Einwanderer in Amerika und anderswo. **Ein Jahrhundert ausländischer Einmischung hat die endlose Krise in Haiti jedenfalls nicht gelöst.** Das wird auch jetzt nicht der Fall sein. Haiti ist in einer verzweifelten Lage, aber die einzigen, die es in Ordnung bringen könnten, sind die Haitianer selbst.

Der Rücktritt von Premierminister Henry darf zwar als ein erster Schritt auf dem Weg zu einem Mindestmaß an politischer und sozialer Stabilität gewertet werden. Es ist allerdings nur ein erster, wackliger und in keiner Weise sicherer Schritt. Aufkeimende Hoffnung besteht aber darin, daß von nun an die Tür zu einem Prozeß geöffnet wird, der zur Berufung legitimer Autoritäten führt. Jetzt liegt es in den Händen der Menschen in Haiti selbst, über ihr Schicksal zu entscheiden. Nur die Haitianer selbst wären die Protagonisten des jetzt zu beschreitenden Weges, auch wenn dieser mühsam erscheint.

Die Lage in Haiti hat auch starke Auswirkungen auf andere Länder. Nun endlich haben die USA beschlossen, sich aktiv an einer Lösung der Krise in Haiti zu beteiligen. Jetzt kommt es darauf an, nach dem erzwungenen Rücktritt von Premierminister Henry so schnell wie

möglich eine Übergangsregierung zu bilden. Das ist angesichts der Zersplitterung der haitianischen Gesellschaft keine leichte Aufgabe; denn es ist schon viel zu viel Zeit verloren gegangen.

Die internationale Gemeinschaft hat bislang keinen Finger gerührt. Jetzt verfolgt sie die Lage mit Entsetzen – aber sie darf nicht länger nur diskutieren, sondern muß das Elend in Haiti lindern helfen. In den USA und in Kanada leben viele Migranten aus Haiti. Die Auswanderung aus dem Karibikstaat hat in den vergangenen Jahren weiter zugenommen.

Wenn jetzt eine provisorische Regierung die Arbeit aufnimmt, muß sie auf die unmittelbare Hilfe durch eine internationale Truppe zählen können, die für Ordnung sorgt und die Bedingungen für die längst überfälligen Wahlen schafft.

(Quellen: Eigene Recherchen, Dlf, tmk, mick, jfr, jad, dpa, afp, epd)

16.3.24